

**Wilhelm Krull**

**Einleitung „Herausforderung Europa – die Rolle der Universitäten“**

**3. November 2017, 15:30 Uhr**

---

Lieber Herr Odewald,  
lieber Herr Bourguignon,  
liebe Frau Kunst,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die EU macht Ernst: Wenn es mit den Brexit-Verhandlungen nicht klappt und es zu keiner Einigung kommen sollte, dann sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Großbritannien bei EU-Förderprogrammen künftig nicht mehr antragsberechtigt und müssen schlimmstenfalls auch bereits laufende Projekte verlassen. So heißt es in einer entsprechenden Meldung, die am 6. Oktober 2017 auf einer Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde.<sup>1</sup> Die Austrittsverhandlungen laufen schleppend, eine Einigung ist nicht in Sicht, der Druck – vor allen Dingen aber die Unsicherheit – steigt. Es wird schon jetzt schwerer, in länderübergreifenden Forschungsprojekten mit Partnern aus Großbritannien zu kooperieren.

Doch die Probleme beschränken sich nicht auf Großbritannien: Ein neues Hochschulgesetz macht in Ungarn der Central European University das Leben schwer. In Polen versucht die nationalkonservative Regierung die Wissenschaft zu re-polonisieren. Und in der Türkei sind tausende regimekritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Straße gesetzt worden und erhalten zum erheblichen Teil auch nicht die Chance, das Land zu verlassen, um im Ausland weiterzuforschen.

Renationalisierung und Provinzialisierung sind auch in anderen europäischen Ländern eine Bedrohung nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch den jeweiligen Wissenschaftsstandort. So z. B. die Ungewissheiten, die mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen verbunden sind, oder die erschreckend starken nationalpopulistischen Bewegungen in Frankreich, den Niederlanden und Österreich. Wenn man auf die Ergebnisse der Bundestagswahl sieht, bin ich mir freilich nicht mehr so sicher, ob man Deutschland noch aus dieser Aufzählung rauslassen kann.

---

<sup>1</sup> <http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/about.html>, zuletzt gesehen am 13. Oktober 2017.

Zugleich liest sich der Fortschrittsbericht 2016 zur Entwicklung der „European Research Area“ erstaunlich positiv.<sup>2</sup> Die Forschungsexzellenz hat sich zwischen 2010 und 2013 im EU-28-Durchschnitt jährlich um durchschnittlich 6,4 Prozent verbessert, die Mitgliedsstaaten investierten immer mehr in EU-weite transnationale Forschung, jährlich durchschnittlich plus 7,8 Prozent zwischen 2010 und 2014. Immer mehr Wissenschaftlerstellen werden über das länderübergreifende Portal EURAXESS ausgeschrieben. Und besonders erfreulich ist, dass auch die jährliche Wachstumsrate der Ko-Publikationen mit Partnern außerhalb der EU zwischen 2005 und 2014 um durchschnittlich 4,1 Prozent gestiegen ist. Diese ist sogar noch etwas höher als die der Ko-Publikationen mit EU-Partnern, sie beträgt 3,6 Prozent im selben Zeitraum.

Ähnlich erfreuliche Entwicklungen lassen sich auch weltweit für Bildung und Wissenschaft aufzeigen. Die Zahl der Universitäten wächst weltweit, Indien und besonders China holen mächtig auf, auch die Bildungsbeteiligung steigt spürbar in den allermeisten Ländern.

Es lohnt sich jedoch, bei solchen Statistiken etwas genauer hinzusehen. Wenn man dies tut, lassen sich nämlich durchaus widersprüchliche Tendenzen feststellen. Auch im Bildungs- und Wissenschaftsbereich manifestiert sich das, was Ökonomen und Soziologen bereits für die Auswirkungen der Globalisierung auf die Gleichheit festgestellt haben. Während aus der globalen Perspektive betrachtet Ungleichheit erfreulicherweise immer weiter abnimmt und Entwicklungs- und Schwellenländer ihr Wohlstandsniveau verbessern können, zeigt sich, dass die Ungleichheit *innerhalb* bestimmter Länder und Regionen merklich gestiegen ist und weiter auseinanderklafft. Dies gilt leider auch für den Europäischen Forschungsraum. Treibende Kraft sind die westlichen und nördlichen EU-Länder, die übrigen im Osten und Süden haben es deutlich schwerer mitzuhalten.<sup>3</sup> Auch an dem sonst so vielgelobten ERC kritisieren manche, dass er zur Ungleichheit zwischen den EU-Ländern beigetragen habe, schließlich ist die Erfolgsbilanz beim Einwerben der prestigeträchtigen Grants höchst unterschiedlich verteilt, die üblichen Verdächtigen liegen vorn und ziehen auch die meisten Geförderten aus anderen Ländern an.

Man würde also zu einseitig vorgehen, wenn man solche Statistiken nur auf der globalen Ebene deutete. Erst wenn man auch die Binnendifferenzierungen berücksichtigt, zeigt sich, dass so manche Probleme noch überwunden werden müssen. Marijk van der Wende von der Universität Utrecht hat in einem bemerkenswerten Beitrag aufgezeigt,<sup>4</sup> dass die stetig

---

<sup>2</sup> DG Research and Innovation, European Research Area Progress Report 2016, Report from the Commission, 2017.

<sup>3</sup> Vgl. Marijk van der Wende, Reframing Universities' Global Engagement for an Open Society, in: Austrian Council for Research and Technology (ed.), Prospects and Future Tasks of Universities. Digitalization – Internationalization – Differentiation. LIT, Zürich, 2017.

<sup>4</sup> a.a.O.

wachsende globale Mobilität von Forscherinnen und Forschern sowie auch der Studierenden zu deutlich spürbaren Ungleichgewichten geführt hat. Die Produktion wissenschaftlichen Wissens wird überdeutlich auf die internationale Ebene verlagert. Im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften ist diese Entwicklung besonders weit fortgeschritten. Insbesondere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Asien wandern ab in die USA oder auch nach Europa. Dort entstehen Forschungsstandorte von hoher Reputation und internationaler Geltung, die jedoch immer mehr den Kontakt zu ihrer nationalen und lokalen Umgebung verlieren. Solche Konzentrationen herausragender Köpfe treiben nicht nur die Differenzierung der nationalen Wissenschaftssysteme voran, sondern verfestigen auch den Eindruck einer letztlich von den gesellschaftlichen Belangen losgelösten globalen wissenschaftlichen Elite. Ist dies vielleicht auch ein Grund für die zunehmende Skepsis in weiten Teilen der Gesellschaft gegenüber wissenschaftlichen Fakten im Allgemeinen und Expertentum im Besonderen? An der globalen und mobilen Wissenschaftselite teilzuhaben wird für diejenigen, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, immer schwieriger. Insbesondere Studiengebühren an amerikanischen und englischen Elite-Universitäten machen den Studierenden das Leben schwer und bergen, wie wir im Vorwahlkampf der zurückliegenden US-Präsidentenwahlen gesehen haben, durchaus politische Sprengkraft, die man nicht unterschätzen sollte. Auch in Europa kann man gerade im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise einen deutlichen Zustrom von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Süden in den Norden und aus dem Osten in den Westen feststellen.

Doch was folgt daraus für die Universitäten? Die Antwort kann meines Erachtens nicht sein, dass diese sich aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden und nun wieder nationale und lokale Belange in den Vordergrund rücken sollten. Wissenschaft lebt von Internationalität und Diversität. Und gerade hier in Europa kann für Wissenschaft und Innovation aus der Vielfalt und dem Reichtum seiner Wissenschaftslandschaft noch viel mehr Kapital geschlagen werden. Länderübergreifende Förderprogramme, voranschreitende internationale Kooperation und eine effektivere Nutzung von möglichen Synergien sind daher die wesentlichen Forderungen des in diesem Jahr erschienenen Lamy-Reports zum europäischen Innovationsraum.<sup>5</sup> Es wird für die Universitäten weiterhin entscheidend sein, die damit auch für die Wissensproduktion verbundenen Potentiale effektiv zu nutzen.

Universitäten müssen internationale und interkulturelle Lernorte bleiben, an denen junge Menschen die Kompetenzen entwickeln können, die sie brauchen, um verantwortliche globale Bürgerinnen und Bürger zu werden. Der ehemalige Rektor der Central European Universi-

---

<sup>5</sup> DG Research and Innovation, LAB – FAB – APP. Investing in the European Future We Want, Report of the independent High Level Group of maximizing the impact of EU Research & Innovation Programmes.

ty und langjährige Fellow am Berliner Wissenschaftskolleg, Yehuda Elkana nannte dieses Ziel übrigens „to educate concerned citizens“. Er spielte damit auf die Doppeldeutigkeit von „concerned“ an, was heißen kann „mit einem Thema befasst zu sein“, aber auch von etwas, nämlich einem drängenden Problem, das einer Lösung bedarf, „betroffen“ zu sein, sich also der drängenden Fragen und Probleme der Welt um einen herum anzunehmen. Martha Nussbaum<sup>6</sup> fasst diese Aufgabe ganz ähnlich, wenn sie sagt, dass die Hochschulen die Aufgabe haben, beizutragen zu „einer öffentlichen Antwort auf die Probleme von Pluralismus, Angst und Argwohn, denen unsere Gesellschaften gegenüberstehen“. Vielleicht sollten wir gerade hier in Europa auch solchen Aspekten der Persönlichkeitsbildung und gesellschaftlichen Handlungsorientierung neben dem eigentlichen Fachstudium ein deutlicheres Gewicht verleihen.

Dass die lokal verankerten und global ausgerichteten Universitäten künftig eine Mittlerrolle einnehmen müssen, findet auch Antonio Loprieno,<sup>7</sup> der die sogenannte „kritische Universität“ propagiert. Dies ist für ihn eine Universität, die aus den Widersprüchen ihrer Verortung an der Schnittstelle zwischen lokaler Trägerschaft und globaler Wissenschaft Frucht ziehen kann, indem sie immer wieder neu Prioritäten verhandelt. Ihr Ziel ist nicht allein die wissenschaftliche Exzellenz oder die marktgerichtete Anwendungs- und Relevanzorientierung, sondern je nach Ziel die Kombination eines wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Moments. Die Varietät und Verzahnung ihrer strategischen Schwerpunkte betrachtet sie dabei als ihren Reichtum und als Entwicklungschance.

Für die „Herausforderung Europa“, der wir uns heute annehmen wollen, bedeutet dies meiner Ansicht nach in erster Linie, das Augenmerk weniger auf den europäischen Wettbewerb als auf die Chancen der europäischen Kooperation zu verlagern, und zwar sowohl in Forschung und Lehre als auch in der transnationalen Förderung beider Bereiche. Wo gibt es Chancen für gemeinsame europäische Curricula? Sind die strategischen Kooperationen innerhalb Europas richtig ausgerichtet? Welche Rolle können dabei Universitäten aus süd- und osteuropäischen Ländern spielen? Welche Angebote gibt es für den Studierendenaustausch und wie können diese ausgeweitet werden? All dies sind Fragen, die gerade hier in Berlin, das ja ein sehr großer Anziehungspunkt für viele junge Menschen aus ganz Europa ist, einer klaren Antwort bedürfen.

Mehr noch, in der Geschichte ist es immer wieder gelungen, wenn es politisch schwierig wurde, über die Wissenschaft Brücken zu bauen und wenigstens auf dem Weg der wissen-

---

<sup>6</sup> Martha Nussbaum, *Not for Profit. Why Democracy Needs the Humanities*, Princeton University Press.

<sup>7</sup> Antonio Loprieno, *Excellence, Relevance, Critique*, in: Austrian Council for Research and Technology (ed.), *Prospects and Future Tasks of Universities. Digitalization – Internationalization – Differentiation*, LIT, Zürich, 2017.

schaftlichen Kooperation diplomatische Fäden nicht abreißen zu lassen oder wieder aufzunehmen. So sollte meiner Ansicht nach nun auch mit dem drohenden Brexit verfahren werden. Hier sind nicht nur die Universitäten, sondern auch die nichtstaatlichen Förderorganisationen gefragt. So hat die VolkswagenStiftung bereits eine Ausschreibung für Forschungsprojekte auf den Weg gebracht, die sich mit den „Herausforderungen für Europa“ befassen und in erster Linie an länderübergreifend zusammengesetzte Forschungsk Kooperationen adressiert ist. Für die Durchführung der zweiten Ausschreibungsrunde sind bereits insbesondere noch weitere europäische Stiftungen und Förderpartner hinzugewonnen worden, damit auch von anderen europäischen Ländern ein starker zivilgesellschaftlicher Impuls für die Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft ausgeht. Das ist ein wichtiges Hoffnungszeichen.

Es freut mich ganz besonders, dass Jean-Pierre Bourguignon, der Präsident des Europäischen Forschungsrates, sich die Zeit genommen hat, über solche und ähnliche Fragen heute mit Frau Kunst und mir ins Gespräch zu kommen. Frau Kunst brauche ich den meisten von Ihnen gar nicht unbedingt vorzustellen. Sie ist die Präsidentin der Humboldt Universität zu Berlin und war zuvor Wissenschaftsministerin in Brandenburg und davor wiederum Präsidentin der Universität Potsdam. Ursprünglich war sie als Wissenschaftlerin und Vizepräsidentin an der Leibniz Universität in Hannover tätig (was ich in Anbetracht des Sitzes der VolkswagenStiftung in Hannover unbedingt erwähnen muss).

Herr Bourguignon steht dem ERC seit 2014 vor. Zuvor war er 19 Jahre lang Direktor am Institut des Hautes Études Scientifiques, das als europäisches Pendant zum Institute for Advanced Study in Princeton gilt. An der École Polytechnique hatte er zwischen 1986 und 2012 eine Professur inne. Professor Bourguignon erhielt diverse wissenschaftliche Auszeichnungen, ist Mitglied zahlreicher Akademien und war vier Jahre lang Präsident der Europäischen Mathematischen Gesellschaft.

Herr Bourguignon, seien Sie hier in Berlin sehr herzlich willkommen. Ich darf Sie nun um Ihren Impulsvortrag bitten!

Sie haben das Wort!